

Themenblock III: Äußeres, Finanzen, Wirtschaft, Verbraucherschutz...

Deutschland nimmt nicht nur im Blick auf seine Vergangenheit eine wichtige Rolle auf dem internationalen Parkett ein. Es ist in Europa die führende Wirtschaftsmacht und hat entsprechend hohe Verantwortung zu tragen. Dabei kommt der Bundesrepublik stets eine wesentliche diplomatische Vermittlerrolle zu. Jeder militärischen Intervention müssen alle denkbaren Formen von Gespräch und friedlicher Auseinandersetzung vorausgehen. Jedoch ist im äußersten Notfall auch weiterhin nicht ausgeschlossen, dass zur Herstellung von Menschenrechten der Einsatz von Waffen nötig wird. Hier hat auch Deutschland eine entsprechende Positionierung vorzunehmen. Jedoch sind im Falle von gewaltsamem Einschreiten der Schutz der Zivilbevölkerung und der Friedenseinsatz in den Mittelpunkt zu stellen und nach allen Möglichkeiten zeitlich zu begrenzen. In Europa ist eine Entbürokratisierung der Machtzentralen in Brüssel und Straßburg voranzutreiben.

Die Europäische Union ist als ein gemeinsamer Kanon aus Werten zu verstehen, als Zusammenschluss von Nationalstaaten, nicht jedoch als Bundesstaat. Eine wesentliche Gesetzgebung ist zurück in die Landesparlamente zu führen, Judikative föderal zu gestalten. Einer Überregulierung ist Einhalt zu gebieten, das Europäische Parlament ist der Kommission gegenüber aufzuwerten. Erweiterungen der EU sind schrittweise vorzunehmen und an klare Kriterien zu knüpfen. Unter anderem ist der Normencharakter der europäischen Völkergemeinschaft als Wertmaßstab anzulegen. Hiernach ist augenblicklich eine Aufnahme der Türkei in die EU nicht möglich. Volksabstimmungen auf europäischer Ebene sind voranzutreiben, die Freizügigkeit als Errungenschaft hochzuhalten. Vertragspartnern sind diese Hürden offenzulegen und bei Verstoß Vereinbarungen zu kündigen. Steuererstattungen für ausländische Verbraucher sind auszuschließen.

In Fragen der Flüchtlingspolitik darf Deutschland den Weg Europas nach Abschottung nicht weiter unterstützen. Grenzeinsätze müssen durch Hilfeinsätze ersetzt werden. Ziel ist die kausale Unterstützung in den Ländern, in denen die Ursachen für massenhafte Völkerwanderung zu suchen sind. Die Entwicklungshilfe bedarf eines umfassenden Konzepts, was auch die Einflussnahme auf Arbeitsbedingungen in anderen Ländern beinhaltet. Der Etat des entsprechenden Ministeriums ist drastisch zu erhöhen, während in Fragen der Verteidigung mit neuem Maß gearbeitet werden muss. Dem Einsatz von unbemannten Kampfflugzeugen oder Drohnen ist aus ethisch-moralischen Aspekten jede Legitimität abzusprechen. Der Einsatz von Militär im Inneren ist uneingeschränkt abzulehnen, entsprechende offene Passagen in europäischen Verfassungsverträgen sind als nichtig zu erklären. Die Bundeswehr ist als Freiwilligenarmee zu etablieren, die Wehrpflicht muss dauerhaft ausgesetzt bleiben.

Für die Stabilisierung der Gerechtigkeit in Deutschland sind die Vermögenssteuer, ein höherer Spitzensteuersatz, eine Finanztransaktionssteuer und Steuern für spekulative Börsengeschäfte mit entsprechenden Freigrenzen einzuführen. Gleiches gilt für hohe Erbschaften, Grundstücke und Kapital. Die "Kalte Progression" ist hingegen abzubauen. Das Steuersystem ist durch eine Reduzierung von Ausnahmen und eine direkte prozentuale Bindung zwischen zu versteuernden Finanzen und dem Steuersatz zu vereinfachen. Der deutsche Haushalt muss die Schuldenbremse einhalten; Investitionen sind dem Gesamtbudget relativ anzupassen. Verschwendung von Steuergeld ist stärker zu ahnden.

Spekulationsgeschäften ist durch Regulierung der Banken und Finanzmarktplätze Einhalt zu gebieten. Verstaatlichungen müssen möglich bleiben. Auch der Budgetkollaps von Staaten darf kein Tabu sein, Eurobonds sind kritisch zu bewerten und eine Vergemeinschaftung von Schulden ist an engste Auflagen für das Verursacherland zu knüpfen. Neben der Außen- und Fiskalpolitik,

gesellschaftlichen Grundfragen und bei länderübergreifenden Kooperationsprojekten sind andere Politikfelder weiterhin vorrangig als nationalstaatliche Angelegenheit zu betrachten. Gemeinsame Institutionen wie die Europäische Zentralbank sind nicht bevollmächtigt, über die ihnen vertragsgemäß zustehenden Aufgaben hinaus gehende Funktionen wahrzunehmen.

In der internationalen Wirtschaftsverflochtenheit hat Deutschland die Entwicklungszusammenarbeit an erste Stelle zu heben, damit die negativen Auswirkungen der Globalisierung - die insgesamt auf einen kritischen Prüfstand zu stellen ist - bekämpft werden können. Der Export, den unsere Wirtschaft leistet, ist als elementares Gut von Entwicklung und Stabilität wertzuschätzen. Militärische Lieferungen an das Ausland sind jedoch zu stoppen. Wirtschaftliche Zusammenarbeit mit Staaten, in denen Menschenrechtsverletzungen begangen werden, muss derart gestaltet werden, dass Sanktionen vorwiegend die Führungskräfte treffen.

Freiberufler sind in ihrer Existenzgründung weiterhin durch umfangreiche Starthilfen auch langfristig zu fördern. Selbstständige müssen vor bürokratischen Überforderungen bewahrt werden, die Abgabe von Steuererklärungen für alle vereinfacht werden. Die pflichtgemäße Zugehörigkeit zu Kammern ist für Gewerbetreibende abzuschaffen. Die Kleinunternehmerregelungen sind großzügig fortzuführen. Die Möglichkeit zum geringfügigen Verdienst als freiberuflicher Nebenjob ist zur Reduzierung von Aufstockerleistungen aus den Sozialkassen gesetzlich zu fördern. Der Einzug von Kirchensteuern durch den Staat muss abgelehnt werden.

Die Verbraucher in Deutschland sind durch eine stärkere Transparenz in der Kennzeichnung von Produkten zu mündigen Konsumenten zu erklären. Demnach muss die exakte Auflistung von Inhaltsstoffen in Lebensmitteln, aber auch allen Gebrauchsgegenständen neben einer Schnellübersicht ("Ampel"-Lösung) zum Standard werden. Kennzeichnungen müssen eindeutig sein, Siegel dürfen nur nach qualitativ eindeutiger Kontrolle vergeben werden. Testvergleiche dürfen zu keinen Wettbewerbsverzerrungen führen. Schleichwerbung ist konsequent zu unterbinden und im Einklang mit den zu forcierenden Korruptionsgesetzgebungen verschärft zu ahnden. Zudem sind die Bürger vehement vor ungewollten Werbeanrufen, vor Datensammlung durch Akquise und unlautere Geschäfte am Telefon, per Post und im Internet zu schützen.

Vertragsabschlüsse müssen eindeutig zustande kommen, Rückgaberechte und Annulierungsansprüche konsequent durchgesetzt werden können. Dies gilt auch für Schadenersatzzahlungen, beispielsweise in der Reise- und Tourismus-Branche. Internetanschluss muss zu einem Grundrecht werden; eine Anbindung an schnelle Datenverbindungen ist in unseren Breiten ein Muss. Beim Verbraucherschutz ist der Tierschutz vor Konsumenteninteressen zu stellen.

Im Internet ist der Nutzer besonderem Schutz zu unterstellen. Es braucht einen möglichst länderübergreifenden Kodex über Bürger- und Menschenrecht im Netz. Im Zweifel sind sich sperrende Staaten auch mit Abbruch von Verhandlungen über den Austausch von Daten zu bestrafen. Der Vorwand, gegen Kriminalität vorgehen zu wollen, darf keine Zensur oder Erfassung von Nutzerverhalten im Web rechtfertigen. Die Speicherung von IP-Adressen ist auf ein Minimalmaß zu reduzieren ("Vorratsdatenspeicherung"). Sperren von Seiten zum Zwecke von pornografischen oder rechtlich anstoßenden Inhalten bringt keine tatsächlichen Effekte mit sich. Viel eher ist das Löschen vorzuziehen. Der Schutz der Privatsphäre, der Telekommunikation und des Briefgeheimnisses ist auf das Internet entsprechend anzuwenden.